Zollernalbkreis
Landratsamt

Drucksache KT-Nr. 12/2014
Kämmerei und Liegenschaftsamt

öffentlich

Vorlage zur Behandlung im Kreistag

Sitzung am 21.07.2014

TOP 3: Bericht über die aktuelle Finanz- und Haushaltslage

A. Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt den Bericht über die aktuelle Finanz- und Haushaltslage zur Kenntnis.

+

Anlagen:

Zollernalbkreis
Landratsamt

Drucksache KT-Nr. 12/2014
Kämmerei und Liegenschaftsamt

öffentlich

Bericht über die aktuelle Finanz- und Haushaltslage

1. Ausgangssituation

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirkt sich positiv auf das Steueraufkommen und damit auf die Finanzausgleichsleistungen des Landes aus. Entlastend auf den Kreishaushalt wirkt die Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung im Alter mit jetzt 100 %. Bei einem gleichbleibenden Kreisumlagehebesatz von 28,75 % kann eine relativ hohe Netto-Investitionsrate von 10.303.960 € im Verwaltungshaushalt erwirtschaftet werden. Hohe Finanzierungsraten insbesondere für die „Großbaustellen“ Krankenhaus Balingen, Nachnutzung Hechingen und Sanierung Gewerbliche Schule Balingen erfordern Schuldaufnahmen von 8 Mio. €.

2. Absehbare Haushaltsentwicklung

Die Haushaltsansätze 2014 wurden bereits im Spätsommer 2013 geplant.
Zur Jahresmitte werden die bereits jetzt erkennbaren wesentlichen Abweichungen kurz dargestellt und erläutert:

a) Personalausgaben

Die Personalkosten wurden für den Haushalt 2014 bei den Tarifbeschäftigten mit einer tariflichen Steigerung von 2,5 % ab März 2014 und einer Erhöhung der "Leistungsorientierten Bezahlung (LOB)" von 2,0 auf 2,25 % kalkuliert. Die Tarifpartner einigten sich im Frühjahr auf eine lineare Erhöhung von 3 %, als Sockelbetrag aber mindestens 90 €, wirksam ab dem 1. März. Die leistungsorientierte Bezahlung wurde nicht aufgestockt und bleibt bei 2 %. Die Verwaltung strebt an, die Mehrkosten des höheren Tarifabschlusses in der laufenden Personalbewirtschaftung zu kompensieren.

Bei der Beamtenbesoldung wird sich voraussichtlich eine Einsparung von rund 350.000 € ergeben. Diese hängt mit nicht besetzten Beamtenstellen (z. B. Stelle für Nachwuchskräfte), der Besetzung von Beamtenstellen mit Beschäftigten, vorzeitigem Ruhestand und Versetzung zu anderen Dienstherren zusammen. Bei der Haushaltsplanung wurde bereits damit gerechnet, dass 100.000 € weniger benötigt werden. Damit nicht alle Personalhaushaltsstellen noch einmal geändert werden mussten, wurde aus Vereinfachungsgründen eine Globale Minderausgabe mit 100.000 € eingeplant.

b) Gebühreneinnahmen

Die Gebühreneinnahmen der staatlichen unteren Verwaltungsbehörde haben sich bis zur Jahresmitte in fast allen Bereichen planmäßig entwickelt. In wenigen Bereichen kann bei gleichbleibender Entwicklung auf leicht höhere Einnahmen gehofft werden, so dass sich das Ergebnis um 50.000 bis 100.000 € verbessern könnte.

c) Finanzausgleich

Die Finanzausgleichsleistungen wurden nach den Orientierungsdaten des Haushaltserlasses 2014 vom 17.6.2013 berechnet. Nach den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung 2014 wurde der Kopfbetrag zur Ermittlung der Bedarfsmesszahl der Landkreise von 587 € auf 589 € erhöht. Zusammen mit leicht höheren Einwohnerzahlen und Änderungen bei der Erstattung für das Verwaltungsreformgesetz und beim Soziallastenausgleich nach § 22 FAG kann mit insgesamt rund 372.000 € höheren Zuweisungen gerechnet werden.

Am 10.6.2014 gingen die Abschlusszahlungen für den Finanzausgleich des Jahres 2013 ein. Es konnten Nachzahlungen von insgesamt 70.000 € verbucht werden.

d) Sozialhilfe

Bei den Hilfen nach dem SGB XII ist nach der aktuellen Hochrechnung mit einem Anstieg bei den Ausgaben zu rechnen.
Bei der Hilfe zur Pflege wird davon ausgegangen, dass der Zuschussbedarf um rd. 250.000 € höher ausfällt als geplant. Den nur geringen Zuwächsen bei der Rente stehen steigende Fallzahlen und ein kräftiger Anstieg bei den Tagessätzen gegenüber. Außerdem sind im Unterhaltsbereich geringere Einnahmen zu verzeichnen, da die neueste Rechtsprechung des BGH sehr zu Gunsten der Unterhaltspflichtigen ausfällt.
Bei der Eingliederungshilfe erhöht sich der laufende Aufwand um rd. 1,7 Mio. € beträchtlich. Hohe Ausgabesteigerungen bei den stationären Fällen ergeben sich sowohl durch Anstieg der Fallzahlen als auch bei den Pflegesätzen die hauptsächlich in höheren Tarifsteigerungen begründet sind.
Allerdings kann auch dieses Jahr mit einer höheren Erstattungsquote aus BAföG von rd. 2,3 Mio. € gerechnet werden, davon 1,8 Mio. € als Nachzahlungen für Vorjahre.

Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) wird sich der Zuschussbedarf voraussichtlich um 350.000 € erhöhen. Hier wirkt sich auch die Revision der Bildungs- und Teilhabemittel für 2012 aus. Das Land verrechnet eine Überzahlung 2012 mit den Zuweisungen 2014. Ob eine geplante Klage der kommunalen Landesverbände gegen dieses Vorgehen Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten.

e) Jugendhilfe

In den letzten Monaten standen Entgeltverhandlungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe an. Die Umsetzung der tariflichen Entwicklungen und die Verpflichtung für die kirchlichen Träger, den Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst (TVöD-SuE) für ihre Bereiche zu übernehmen, haben zu deutlichen Erhöhungen der Entgelte geführt. Obwohl die Abschlüsse insbesondere der beiden großen Träger der Region, bei denen etwa die Hälfte der Kinder und Jugendlichen vollstationär untergebracht sind, erst ab 1.3.2014 bzw. 1.6.2014 laufen, schlägt sich dies ganz erheblich mit 250.000 € im laufenden Haushalts-

jahr nieder. In der zweiten Jahreshälfte werden andere Träger entgeltmäßig ebenfalls nachgezogen haben. Geschätzt werden deshalb weitere Mehrausgaben in Höhe von ca. 50.000 €. Bei der Veranschlagung der Ansätze wurden bewusst keine Erhöhungen für Entgelte eingerechnet.

Für das laufende Jahr muss zudem mit einer geringfügigen Steigerung der Fallzahlen in der Heimerziehung (Minderjährige, Volljährige) ausgegangen werden. Die Steigerung ergibt sich insbesondere durch notwendige Unterbringungen von Jugendlichen, die sich zu einer Autoknackerbande zusammengeschlossen haben. Auch im Bereich der Eingliederungshilfe für seelische behinderte junge Menschen ist mit einer Steigerung der Fallzahlen zu rechnen. Zum Teil müssen besonders teure Einrichtungen belegt werden, die bis zu 335 € kalendertäglich kosten. Eine durchschnittliche Fallzahlensteigerung von voraussichtlich 4 Fällen in besonders teuren Einrichtungen führt zu geschätzten Mehrausgaben von ca. 250.000 €.

Auch im Bereich der ambulanten Betreuungsangebote (Sozialpädagogische Familienhilfe SPFH, Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung ISE) und in der Kindertagespflege zeichnen sich Mehrausgaben ab, die auf ca. 50.000 bis 100.000 € geschätzt werden.

f) Grunderwerbsteuer

Die bisherigen monatlichen Grunderwerbsteuerzuweisungen bis Juni 2014 betragen 2,49 Mio. €. Bei einer gleichbleibenden Entwicklung könnte also mit einem Gesamtaufkommen von fast 5,0 Mio. € gerechnet werden. Dies wären 200.000 € mehr als geplant.

g) Übrige Bereiche

Die übrigen Bereiche wurden ebenfalls überprüft. Dabei zeichnet sich im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes ab, dass infolge höherer Zugangszahlen im Haushaltsjahr 2014 netto ca. 150.000 € höhere Aufwendungen anfallen werden.

Das Land erstattet die Pauschalen jeweils zeitversetzt sechs Monate nach der Zuweisung des Flüchtlings. Da die Pauschale einmalig für die gesamte Verweildauer des Flüchtlings in der Gemeinschaftsunterkunft bezahlt wird, deckt sie auch zukünftige Kosten ab, die ggf. erst im folgenden Haushaltsjahr anfallen. Ob die die Kostenerstattung auskömmlich ist, wird vor allem auch von der Höhe der Unterkunftskosten abhängig sein.

Bei den Gebäudekosten wird davon ausgegangen, dass sich bei den Bewirtschaftungskosten keine großen Abweichungen zu den Planansätzen ergeben. Auch die Mittel für Gebäudeunterhaltungs-maßnahmen von insgesamt 1.054.700 € werden voraussichtlich vollständig benötigt. Die vorgesehenen Maßnahmen sollen abgearbeitet werden. Möglicherweise werden einzelne

Maßnahmen erst in 2015 fertig gestellt werden können. Dafür werden die vorgesehenen Mittel als Reste ins neue Jahr übertragen.

Für die Unterhaltung der Landesstraßen im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes wurde ab 2014 ein neuer Verteilerschlüssel für die Landesmittel festgelegt. Danach hätte der Zollernalbkreis deutlich weniger Zuweisungen erhalten. Durch Verhandlungen des Städte- und Landkreistages mit dem Land konnte erreicht werden, dass die Unterhaltungsmittel um 9,2 Mio. € auf 70 Mio. € erhöht wurden. Der Zollernalbkreis kann dadurch, wie geplant, mit in etwa gleich hohen Zuweisungen wie in den Vorjahren rechnen. Allerdings wurde vom Land mitgeteilt, dass derzeit die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Auszahlung der Mehrzuweisungen von 9,2 Mio. € noch nicht vorliegen. Gegebenenfalls wird der Mehrbetrag erst Anfang Januar 2015 an die Kreise weitergereicht. Zu einer spürbaren Entspannung im Gemeinschaftsaufwand hat der milde Winter im 1. Halbjahr beigetragen. Da sich nicht vorhersehen lässt, wie sich der Winter zu Ende des Jahres präsentieren wird, ist eine Aussage zum Ergebnis noch nicht möglich.

Ansonsten sind bei den Verwaltungs- und Betriebsausgaben sowie dem Schuletat keine Planabweichungen erkennbar.

h) Vermögenshaushalt

In der Sitzung des Schul-, Kultur- und Sozialausschusses am 19.5.2014 (Drucksache SKS-Nr. 1/2014) wurde die Vergabe eines Auftrags zur Lieferung und Installation von EDV-Geräten für das Gewerbliche Schulzentrum in Balingen beschlossen. Da sich eine Leasing-Lösung als wirtschaftlicher erwiesen hat als der Kauf, fallen anstatt des eingeplanten Kaufpreises Leasingaufwendungen verteilt auf die nächsten 5 Jahre an. Im Haushaltsjahr 2014 werden 210.000 € für den geplanten Kauf der EDV-Geräte nicht benötigt.

Bei den Kreisstraßen wird damit gerechnet, dass sich die Aufwendungen für Beläge und Sanierungen um rund 280.000 € erhöhen. Höhere Ausgaben ergeben sich durch die Sanierung der Bulochbrücke in Hechingen, der Abrechnung der Stützmauersanierung in Haigerloch, der Gabionensanierung zwischen Lautlingen und Meßstetten und der Rutschungssanierung zwischen Truchtelfingen und Bitz. Da die Deckenverstärkung an der K 7170 Nusplinger Steige voraussichtlich erst in 2015 realisiert werden kann, soll die Maßnahme im Haushaltsjahr 2015 neu veranschlagt werden. Die in 2014 dafür vorgesehenen Mittel von 300.000 € können somit zur Deckung der höheren Aufwendungen bei den Belägen und Sanierungen herangezogen werden.

In der Sitzung des Umwelt- und Technikausschusses am 12.5.2014 wurden Kostenerhöhungen für weitere Maßnahmen genehmigt, die Auswirkungen auf den Haushalt 2014 haben. Im Einzelnen waren dies:

Beschaffung Einsatzleitwagen ELW 2	228.700 €

Modernisierung Leitstelle Feuerwehr/Rettungsdienst	163.600 €
Wertstoffzentren Balingen und Meßstetten	87.000 €
Verbesserung Energiebilanz Deponie	29.000 €
	508.300 €

3. Zusammenfassung

Die vorstehend erläuterten Abweichungen führen zu folgender Haushaltsbelastung (-) bzw. –entlastung (+):

▪ Personalausgaben	+ 250.000 €
▪ Gebühreneinahmen	+ 100.000 €
▪ Höhere Finanzausgleichsleistungen für 2014	+ 372.000 €
▪ Nachzahlungen Finanzausgleich für 2013	+ 70.000 €
▪ Sozialhilfe	+/- 0 €
▪ Jugendhilfe	- 650.000 €
▪ Grunderwerbsteuer	+ 200.000 €
▪ Asylbewerber	- 150.000 €
▪ Computerbeschaffung GWS BL	+ 210.000 €
▪ Vermögenshaushalt	-508.300 €
	-106.800 €

Somit kann festgestellt werden, dass der Haushalt voraussichtlich planmäßig ausgeglichen werden kann.